Unter dem Regenbogen: die Humboldt-Universität zu Berlin Foto Imago

Forschung in Fangruppen?

Die Dominanz linker Neigungen verurteilt die Sozialwissenschaft nicht zur Einseitigkeit.

Von Sighard Neckel

Gerade noch rechtzeitig zur Fußball-WM wartete die Nanyang Universität in Singapur jüngst mit den Ergebnissen eines Forschungsprojekts auf, nach dem die Begeisterung für zwei der derzeit besten Fußballspieler der Welt eindeutig auf politische Lager verteilt sei. Gestützt auf einer Befragung von 10.000 Respondenten aus 26 Ländern stellte die Studie fest, dass Fans, die sich mit Cristiano Ronaldo identifizieren, in ihrer politischen Einstellung eher konservativ sind, während die Anhänger von Lionel Messi meist zu den „liberals“ gehören.

Die Erklärung fanden die Forscher in den unterschiedlichen Persönlichkeitsbildern, die Messi und Ronaldo in die Öffentlichkeit kommunizieren. Ronaldo sei dafür bekannt, seinen Ehrgeiz offen zu zeigen und Mannschaftsleistungen als individuelle Erfolge zu feiern. Messi hingegen stelle sich bescheidener dar und stehe für das teamorientierte Image des Fußballspiels ein. Offenbar fühlen sich Fußballfans zu jenen Spielerstars hingezogen, deren Erscheinungsbild ihren allgemeinen Wertvorstellungen entspricht. Messi fände seine meisten Anhänger denn auch in westeuropäischen Staaten, während die Bewunderung für Ronaldo am stärksten in Nordafrika und im Mittleren Osten sei.

Wie politische Identitäten mit kulturellen Präferenzen und persönlichen Weltbildern interagieren, hat in den letzten Jahren das sozialwissenschaftliche Interesse nicht nur beim Fußball geweckt. Inzwischen hat es auch die Sozialwissenschaften selber erreicht. In diesem März erregte eine Studie Aufmerksamkeit, die anhand einer Textanalyse angelsächsischer Fachaufsätze den Nachweis unternahm, dass bei politisch relevanten Themen sozialwissenschaftliche Arbeiten zu neunzig Prozent dem linken Meinungsspektrum zuweisbar wären. Dies hat zu einer Debatte darüber geführt, ob Fächer wie die Soziologie nicht viel zu linkslastig sind (F.A.Z. vom 27. Mai).

Der Sensationsgehalt dieses Befundes kann aus mehreren Gründen als recht gering eingeschätzt werden. Für „progressiv“ galten der besagten Studie zum Beispiel Aufsätze, die in den Vereinigten Staaten eine Nähe zu den politischen Positionen der demokratischen Senatorin Elizabeth Warren aufwiesen. In Deutschland wäre das ein Meinungsspektrum, das ungefähr zwischen Daniel Günther und Franziska Brantner abgesteckt ist. Eine besorgniserregende Einseitigkeit? Hielte man Messi für ziemlich links, nur weil er mannschaftsdienlicher spielt?

Nicht weniger sensationslos nimmt sich die politische Bewertung einzelner Fächer aus. Die Soziologie kam in den Zeiten des aufstrebenden Kapitalismus mit der „sozialen Frage“ und dem Kampf für die Demokratie auf die Welt. Schon der Sache nach wird man ihr deshalb kaum vorwerfen können, für die Bewahrung althergebrachter Ordnungsvorstellungen nicht besonders begabt zu sein. Wenn Themen wie Ungleichheit, Gleichberechtigung oder soziale Konflikte per se als Indikatoren einer bedenklichen Linkslastigkeit gelten, ist es nicht verwunderlich, unter Soziologen nur recht wenige Konservative zu finden.

Eine weitere Besorgnis stellt darauf ab, dass linke Soziologen nur gleichgesinnten Nachwuchs heranziehen würden. Nun ist die Rekrutierung nach Ähnlichkeit ein allgegenwärtiges Muster und auch in Wirtschaftsverbänden zu finden, die einer progressiven Einstellung unverdächtig sind – die Soziologie hat hierzu interessante Studien verfasst. In der Sozialwissenschaft ist grundsätzliche politische Übereinstimmung kein Makel. Entgegen landläufiger Missverständnisse über die „Werturteilsfreiheit“ wusste Max Weber, dass Erkenntnisinteressen durch Werte geleitet sind, auch wenn man sich methodisch neutral verhalten sollte. Wer als Soziologe meint, in einer Netzwerkanalyse die akademischen Drahtzieher demaskieren zu müssen, die den Irrsinn der „Klimalüge“ in die Welt gesetzt hätten, dürfte wenig geeignet sein, die gesellschaftlichen Konsequenzen der Erderwärmung zu analysieren.

Sicher gibt es in den heutigen Sozialwissenschaften zahlreiche epistemische Sondermilieus, die sich als Gesinnungsgemeinschaften verstehen. In ihnen kann nur der etwas werden, der all die Bekenntnisse und Sprachregelungen konsequent mitträgt, die zum *comment* geworden sind. Wenn linke Gesellschaftslehre zur Kritik befähigen soll, fragt man sich, was an den kognitiven Anpassungsleistungen, die hier eingefordert werden, eigentlich links sein soll. Die Einwände etwa, die in dieser Zeitung der liberale Migrationsforscher Alexander Kustov gegenüber dem weitgehenden Konsens seiner Faches formulierte, wonach Migration voraussetzungslos positiv sei, sind daher nicht unberechtigt (F.A.Z. vom 1. April). Und wenn in einem aktuellen Interview die links-liberale Historikerin Jill Lepore es „töricht und unehrlich“ nennt, „ideologische Exzesse“ an US-amerikanischen Universitäten für gegenstandslos zu erklären, sollte die akademische Linke auch hierzulande besser nicht mit dem üblichen Abwehrreflex reagieren, in solchen Warnungen nur rechtsextreme Propaganda zu sehen.

Nun sind intellektuelle Sondermilieus in den Wissenschaften weder neu noch an sich problematisch. Auch wenn dies den heutigen Vertretern von „Standpunkttheorien“ erheblich zu viel Ehre zuteilwerden lässt: Ohne weltanschaulich geschlossene Konferenzen, Zeitschriften und Debatten hätte es weder den Wiener Kreis noch die Chicago School in der Ökonomie oder die Frankfurter Schule gegeben. Am Ende wird sich jede Theorie dem methodischen Zweifel ihrer Konkurrenten stellen müssen, was allzu bekenntnisfreudige Ansätze nicht selten scheitern lässt. Dass „linke“ Konzepte hierbei besonders geschont würden, ist eine Erzählung, die sich für die deutschen Sozialwissenschaften nicht aufrechterhalten lässt. Ein Blick in den Förderatlas der DFG oder in die führenden Fachjournale belegt das Gegenteil.

Prägnante Thesen, auch radikale, haben mit einer politischen Einseitigkeit in den „linken“ Sozialwissenschaften allerdings wenig zu tun. Schon die Annahme, dass es in den Wissenschaften „ausgewogen“ zugehen müsse, ist reichlich verfehlt. Wissenschaft ist kein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der Proporz kein Maßstab für Validität. Wissenschaftliche Rationalität folgt der Einlösung von Wahrheitsansprüchen, und das kann, wenn es sein muss, auch sehr „einseitig“ sein. Sind die Einkünfte von Fußballstars wie Ronaldo und Messi etwa keine Beispiele für „winner-take-all“-Märkte, auf denen die meisten anderen Anbieter chancenlos sind? Lässt sich die FIFA organisationssoziologisch denn auch als erfrischendes Beispiel eines demokratischen Verbandslebens beschreiben?

Wissenschaft ist kein Meinungskampf, bei dem ein Anspruch auf Pluralität erfüllt werden muss. Wer blanken Unsinn erzählt, der dutzendfach widerlegt worden ist, besitzt kein Anrecht darauf, akademisch Gehör zu finden. Das unterscheidet die Wissenschaftsfreiheit vom Recht auf freie Meinungsäußerung, bei dem man auch den größten Stuss ertragen muss. Die Vorstellung, man solle – womöglich durch staatlichen Eingriff – in den Hörsälen einen Gleichklang von links und rechts garantieren, untergräbt die Freiheit der Wissenschaft. Deren Eckpfeiler sind Kritik und Differenzierung, Evidenz und die Kraft des besseren Arguments. Wenn „linke“ Sozialwissenschaftler dies unterbieten, laufen sie ihren eigenen Maßstäben hinterher. Das Gleiche gilt für die „rechten“. Fangruppen sollte man dem Fußball überlassen.

Sighard Neckel ist Emeritus für Soziologie an der Universität Hamburg.

Vor dem Exodus

Abwanderungsgedanken in der US-Wissenschaft

Es gibt Daten, die mehr erzählen als die Klagen etablierter amerikanischer Wissenschaftler über durch die Trump-Regierung gekürzte Drittmittel. Dazu gehört eine neue Studie der Ökonomen Pierre Azoulay, Raffaella Sadun und Daniela Scur, die vom National Bureau of Economic Research publiziert wurde („Before the Exodus? Young Scientists and the Future of US Science“, NBER Working Paper No. 35330, Juni 2026). Sie ist nicht spektakulär, setzt aber an der richtigen Stelle an: bei jenen, die noch nichts zu verteidigen haben, aber alles zu verlieren. Doktoranden und Postdocs in der Biomedizin in den Vereinigten Staaten, also jenen, die in normalen Zeiten die Labore der Zukunft leiten würden.

Der Anlass ist bekannt. Seit Anfang 2025 erschüttert eine Serie politischer Eingriffe die amerikanische Forschungsfinanzierung: Eingefrorene Gelder der National Institutes of Health (NIH) und der National Science Foundation (NSF) in Milliardenhöhe, eine neue „Forward Funding“-Regel, die die Zahl neuer Bewilligungen drastisch reduzierte, ein zeitweise drohender Deckel auf die Erstattung indirekter Kosten sowie der Entzug von Visa für mehr als 1400 internationale Wissenschaftler.

Die Frage, die im Raum steht, lautet: Handelt es sich nur um die jüngste Variante eines altbekannten Untergangsgesangs, wie er schon im „Gathering Storm“-Bericht von 2007 angestimmt wurde, oder ist es dieses Mal anders? Der „Rising Above the Gathering Storm“-Bericht von 2007 wurde von der National Academy of Sciences, der National Academy of Engineering und dem Institute of Medicine im Auftrag des US-Kongresses erstellt. Er warnte vor dem schleichenden Verlust der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit in Wissenschaft und Technologie gegenüber aufstrebenden Konkurrenten, insbesondere China und Indien.

Methodisch ist die neue Studie ein Glücksfall, fast ein Laborunfall im besten Sinne. Die Autoren befanden sich mitten in einem ganz anderen Projekt, einer groß angelegten Untersuchung zu Managementpraktiken in biomedizinischen Laboren, als die politischen Verwerfungen einsetzten. Im März 2025 schoben sie drei knappe Fragen nach. Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie in der Wissenschaft bleiben? Dass Sie in den Vereinigten Staaten bleiben? Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Promotionsentscheidung? Jede Frage wurde doppelt gestellt – für „jetzt“ und für „vor sechs Monaten“, sodass sich Veränderungen innerhalb derselben Person messen lassen, ohne dass man auf wacklige Vergleiche zwischen verschiedenen Kohorten angewiesen ist.

Es kamen 916 Antworten aus 770 Laboren an 134 Institutionen zusammen, was einer Rücklaufquote von gut acht Prozent entspricht. Für eine unentgeltliche akademische Umfrage ist das beachtlich. Noch wichtiger ist, dass die Befragten nicht aufgrund ihrer Betroffenheit ausgewählt wurden, sondern zufällig in einer Stichprobe für ein gänzlich anderes Erkenntnisinteresse saßen. Somit entfällt der Verdacht der Selbstselektion. Für das Standardproblem retrospektiver Befragungen – die Versuchung, die Vergangenheit rosiger zu erinnern, als sie war – liefern die Autoren einen eleganten Gegenbeweis: Ein Viertel der Befragten hatte bereits vor 2025 in Telefoninterviews zeitgleich Auskunft über ihre Promotionszufriedenheit gegeben. Der Vergleich mit den späteren Erinnerungswerten zeigt keine systematische Verzerrung.

Die Ergebnisse selbst sind, in der Sprache der Statistik, „groß“. Der Anteil derer, die in der akademischen Welt bleiben wollen, fiel von 66 auf 44 Prozent, ein Einbruch um 22 Prozentpunkte binnen eines halben Jahres. Die Bleibeabsicht für die Vereinigten Staaten sank von 93 auf 72 Prozent, die Zufriedenheit mit der Promotionsentscheidung von 92 auf 76 Prozent. Bemerkenswert ist die Gleichförmigkeit: Der Rückgang bei Akademiekarriere und Zufriedenheit ist für ausländische wie amerikanische Nachwuchsforscher fast identisch, unabhängig von Laborgröße, -alter oder Finanzierungssicherheit. Nur bei der USA-Bleibeabsicht zeigt sich ein Gefälle, ausländische Wissenschaftler reagieren stärker, europäische Forscher mit den besten Alternativen am Heimatmarkt am stärksten von allen.

Kritisch ließe sich einwenden: Die Studie misst Absichten, keine Taten. Zwischen „ich erwäge zu gehen“ und dem tatsächlichen Packen der Koffer liegt erfahrungsgemäß eine erhebliche Dämpfungsstrecke. Zudem bleibt unklar, ob die Stimmungsverschlechterung allein den Förderkürzungen oder einem diffuseren Unbehagen am politischen Klima zuzuschreiben ist. Die Befragung kann Korrelation, aber kaum kausale Trennschärfe liefern. Die aus einem Projekt zur Laborführung gewonnene Stichprobe mag spezifische Verzerrungen mitbringen, die sich nicht vollständig durch Repräsentativitätstabellen wegrechnen lassen. Dennoch hat diese Untersuchung als Frühwarnsystem, das Jahre vor messbaren Abwanderungszahlen Alarm schlägt, einen Wert, der über ihre methodischen Feinheiten hinausreicht. NICO STEHR

Nico Stehr ist Emeritus für Soziologie an der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Russland in Kleinbuchstaben

Ukrainische Wissenschaftler untersuchen in einem neuen Studiengang den Hintergrund des russischen Angriffskriegs. Der Geheimdienst ist involviert

Die Mohyla-Akademie in Kiew Foto Mohyla Akademie

Während auf Kiew Bomben fallen, sitzen ukrainische Studenten im Bunker der Mohyla-Akademie und befassen sich mit den Hintergründen der russischen Aggression. Maksym Jakowljew, Professor am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, hat im vergangenen Jahr gemeinsam mit seinem Kollegen Anton Suslov ein neues Zertifikationsprogramm namens „Russian Studies“ ins Leben gerufen. In den mehr als zehn Kursen geht es etwa um „Russlands Politik in den vorübergehend besetzten Gebieten“ oder seine Soft Power in der Welt. „Die Idee war, Russland als Sicherheitsbedrohung zu untersuchen“, sagt Jakowljew. Die Ausbildung soll einen Beitrag zum Sieg der Ukraine leisten. Zum kommenden Jahr wird zudem ein Masterstudiengang angeboten, der die Inhalte des Zertifikationsprogramms fortführt.

Die Ausbildung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Militärgeheimdienst, der Interesse an der Akquirierung von Absolventen geäußert hat. Der Geheimdienst ist an Mitarbeitern interessiert, die über fundiertes Wissen über russische Propaganda, den Geheimdienst und die Funktionsweise der Wirtschaft verfügen. Studenten können ihre schriftlichen Hausarbeiten in Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst entwickeln, der eine Liste an Forschungsthemen zur Verfügung stellt. „Einzelne Geheimdienstmitarbeiter halten auch Vorträge“, sagt Jakowljew. Dass die Verzahnung der Ausbildung mit den Aktivitäten des Militärgeheimdienstes zum Verlust der Unabhängigkeit der Mohyla-Akademie und mitunter zur Verengung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Russland führe, verneint er.

Die Politikwissenschaftlerin und DAAD-Professorin für Europa- und Deutschlandstudien, Anja Mihr, lehrt und forscht an der Mohyla-Akademie. Zu dem vom kommenden Jahr an geplanten Masterstudiengang sagt sie: „Für mich ist die Frage wichtig, wie trotz aller Einschränkungen aufgrund der faktischen Bedrohung durch Russland, dessen Einflussnahme und Manipulation, die akademische Freiheit in dem Studiengang aufrechterhalten werden kann.“ Akademische Freiheit bedeute auch, sich in die Position des jeweils anderen hineinzuversetzen und unterschiedliche Pro-und-Contra-Argumente zuzulassen. Das gelte auch in Kriegszeiten. Bei der akademischen Ausbildung geht es aus der Sicht Mihrs darum, junge Eliten auszubilden, die später in der Verwaltung oder in den Medien arbeiten. „Die Fähigkeiten, die wir unterrichten können, sind, unterschiedliche Narrative, Erfahrungen, ‚Wahrheiten‘ und Informationen einzuordnen, um ausgewogene Entscheidungen zu treffen.“ Das stärke auch die Demokratie in der Ukraine.

Mihr beobachtet, dass sich die akademische Freiheit und Neutralität oft einer Bedrohungssituation unterordne. Wissenschaftler passten sich an die eingeschränkte Redefreiheit der Studenten an, Forscher hätten Angst, auch vor dem eigenen Geheimdienst. „Es gibt Narrative, die kaum oder gar nicht ausgesprochen werden können oder für viele Studierende unerträglich sind.“ Hier müsse sie mit Fingerspitzengefühl vorgehen.

Jakowljew berichtet, dass viele seiner Studenten den Wunsch äußern, zum Sieg der Ukraine beizutragen. Die Nachfrage nach den Kursen sei hoch, unterrichtet werde ausschließlich auf Englisch und Ukrainisch. Russische Texte werden aber im Original gelesen. Jakowljew schließt den Kontakt zu Exilrussen im Rahmen der Kurse nicht aus. Mit Studenten und Kollegen habe er sich etwa im vergangenen Jahr an der Prager Karlsuniversität mit Schanna Nemtsova getroffen, der Tochter des ermordeten Regierungskritikers Boris Nemtsov. „Russlandstudien ohne Kontakt zu Russen sind unmöglich“, sagt er.

Auch im wissenschaftlichen Rat der Akademie wurde über den Kurs diskutiert. Einige Kollegen äußerten den Wunsch, Russland in den Kurstiteln kleinzuschreiben. Ist dieser gezielte Verstoß gegen die Rechtschreibung eine Form der Subversion gegen den russischen Aggressor? „Die Kleinschreibung von Wörtern wie ‚russland‘, ‚russländische föderation‘, ‚moskau‘ hat sich spätestens seit Februar 2022 in der digitalen Kommunikation unter Ukrainern fest etabliert“, erklärt der Slavist Valentin Peschanskyi von der Universität Münster. Die offensichtliche Verletzung der Rechtschreibnorm sei eine symbolische Abwehrhandlung, die den Aggressorstaat durch dessen buchstäbliche Verkleinerung abwerte. In einer extremen Auslegungsart dieser Verkleinerung werde Russlands Staatlichkeit infrage gestellt, womit die russische Haltung gegenüber der Ukraine umgekehrt werde.

Jakowljew vermutet, dass ihn der russische Geheimdienst bereits auf dem Schirm hat. „Aber ich bin noch am Leben, es gab noch kein Attentat“, sagt er. Zur Zukunft des Fachs nach dem Ende des Krieges sagt er: „Wir haben eine Grenze mit Russland, und die bleibt höchstwahrscheinlich. Russland wird weiter unser Nachbar sein, und den muss man auch nach dem Krieg besser verstehen.“ NIKOLAS ENDER

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine ARCHIV